

Einstieg in eine ökologische Steuerreform in Luxemburg

In der Regierungserklärung vom 22. Juli 1994 sowie in einer Motion der Abgeordnetenversammlung vom 27. Mai 1998 wurde ausführlich die Einführung einer Oeko-Steuer auf Treib- und Heizstoffen bzw. Elektrizität in Luxemburg vorgesehen bzw. in Aussicht gestellt. Wir zitieren:

"Afin d'assurer une application correcte du principe-pollueur-payeur, la production et la consommation de produits nuisibles à l'environnement seront pénalisés. A cet effet, le Gouvernement envisage d'introduire des taxes écologiques sur différents produits, à savoir: (...)

- une taxe énergie / CO2 sur les carburants et combustibles".

(Regierungserklärung 1994)

"la Chambre des députés (...)

invite le gouvernement à prévoir l'introduction d'une taxe sur la consommation de l'énergie électrique pour toutes les entreprises comme une source de financement complémentaire de la sécurité sociale, notamment de l'assurance dépendance".

(Motion der Abgeordnetenversammlung 1998)

In der Praxis ist de facto jedoch (noch) nichts erfolgt.

Vielmehr genießen Oeko-Steuern - oder vielmehr vermeintliche Oeko-Steuern - in Luxemburg einen schlechten Ruf, seit die Regierung mit ihrem unausgereiften Konzept der sogenannten "Abwassersteuer" sowie der "Steuer auf Getränkeverpackungen" scheiterte.

Mit dem vorliegenden Papier, das auf einer Studie des "Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie" basiert, möchte der Mouvement Ecologique aufzeigen

- daß ein Einstieg in eine ökologische Steuerreform in Luxemburg möglich ist - auch im Alleingang!
- wie ein Energiesteuer-Konzept für Luxemburg gestaltet sein könnte.

Dargelegt werden zudem die Vorteile eines Einstiegs in eine ökologische Steuerreform: sowohl aus umweltpolitischer als auch aus sozialer und betriebswirtschaftlicher Sicht.

Die Studie wird ausschließlich über Spenden finanziert.

Deshalb freuen wir uns über jede Spende zur Finanzierung dieses Projektes, die auf das CCP 73418-86 der Stiftung Oeko-Fonds mit dem Vermerk "Energiesteuer" überwiesen wird. Die Spenden können von den Steuern abgesetzt werden.

Wir stellen Ihnen gerne auf Wunsch die detaillierte Studie des Wuppertaler Institutes für Klima, Energie und Umwelt zu: Mouvement Ecologique, 6, rue Vauban, L - 2663 Luxemburg, Tel. 439030, Fax. 422242, Email: meco@emweltzenter.lu

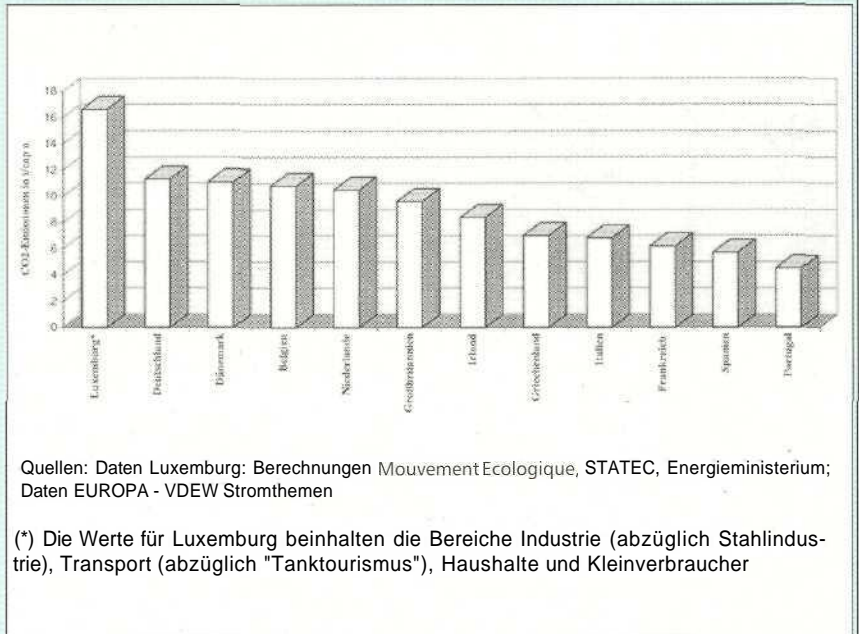
Oktober 1998

Notwendigkeit einer Steuerreform aus Umweltsicht

Trotz einiger punktueller Anstrengungen im Energie- und Umweltsektor bleiben die Luftbelastungen aus dem Energie- und Transportverbrauch in Luxemburg weiterhin überdurchschnittlich hoch (siehe Tabelle). In Luxemburg besteht demnach Handlungsbedarf im Umweltbereich. Eine Oeko-Steuer kann zu einer direkten Verringerung der Umweltbelastung beitragen, dies vor allem durch folgende zwei Effekte:

- **Direkter Lenkungseffekt:** durch die (je nach Modell unterschiedlich) erhöhten Preise wird umweltschonendes Verhalten bei Verbrauchern und Industrien gefördert. Je höher eine Steuer, desto größer logischerweise der Anreiz, **sich** umweltschonender zu verhalten;
- **Indirekter Lenkungseffekt:** die Einnahmen über die Oeko-Steuer erlauben es gezielt Gelder in Maßnahmen zur Förderung einer zukunftsweisenden Energie- und Verkehrspolitik zu investieren. Von diesen Maßnahmen profitieren alle Akteure, so daß hierdurch ein relativ starker Lenkungseffekt zu erwarten ist.

Vergleich der luxemburgischen Co2-Emissionen mit anderen EU-Ländern (*)



Aktuelles Vorgehen der Regierung hat nichts mit Oeko-Steuern zu tun!

Trotz der Aussagen in der Regierungserklärung setzt sich die Regierungskoalition nicht konkret mit der Einführung von Oeko-Steuern in Luxemburg auseinander.

Vor Jahren scheiterte die Einführung einer Abgabe auf Verpackungen von Getränken sowie auf Abwässern am unkohärenten Konzept der Regierungsprojekte. In der Tat wurden - vor allem bei der Abwasserabgabe - sozusagen alle Prinzipien, die bei der Einführung einer Oeko-Steuer berücksichtigt werden sollten, mißachtet.

Ähnliches trifft nunmehr auch auf die gepäunte Erhöhung des Benzinpreises im Rahmen des Beschäftigungspaketes zu.

Der Mouvement Ecologique wehrt sich gegen die Politik, immer dann, wenn es gilt ein Loch im Staatshaushalt zu füllen, an der Schraube "Benzinpreis" zu drehen.

Folgende Prinzipien werden in der Tat bei der derzeitigen staatlichen Vorgehensweise nicht beachtet

- eine Aufkommensneutralität ist nicht gewährleistet;
- eine Reduktion der Umweltbelastungen, die mit der Erhöhung von Energiepreisen einhergehen sollte, erfolgt nicht;
- zusätzlich werden keine Fördermaßnahmen vorgesehen, die umweltschonendes Verhalten unterstützen würden;
- der Lenkungseffekt ist entsprechend nicht gegeben;

- fraglich ist auch, ob der Faktor Arbeit reell entlastet wird, auch wenn die Gelder für sozialpolitische Zwecke "p" verwendet werden sollen;
- die geplanten Erhöhungen (siehe Diskussionen um die Verteuerung des Benzinpreises um 4.- Luf) sind a priori nicht vorhersehbar;
- die betriebliche Innovation wird nicht unterstützt.

So entsteht der Eindruck, als ob der Staat lediglich versuchen würde, sich eine neue Einkommensquelle zu erschließen. Dabei werden Chancen für ein Mehr an Umweltschutz, zur tonövstionsförderung der Wirtschaft und zur Entlastung des Faktors Arbeit verpaßt.

Chancen und Prinzipien einer ökologischen Steuerreform

In Umweltschutz- und aufgeschlossenen Wirtschaftskreisen wird seit Jahren die Bedeutung einer Oeko-Steuer für die Umwelt- und Sozialpolitik hervorgehoben. Definitiv etabliert hat sich die Idee, seit auch im Weißbuch der Europäischen Gemeinschaft von Jacques Delors die Vorteile einer Oeko-Steuer für die Sozial- und Umweltpolitik erkannt und deren Einführung befürwortet wurde.

Die Vorteile einer Oeko-Steuer sind bestechend: einige der brisantesten Probleme unserer Gesellschaft - die Umweltprobleme sowie die zu starke Belastung des Faktors Arbeit / die Finanzierung des Sozialsystems - könnten durch ein gemeinsames Instrument gezielt angegangen werden.

Arbeit entlasten - Energieverbrauch und Umweltbelastung verteuern

Der Markt ist derzeit auf dem ökologischen Auge blind - das Verursacherprinzip wird nicht oder nur in Ansätzen angewandt. Die Nutzung und Belastung der Umwelt erfolgt häufig noch zum Nulltarif, die realen Kosten werden nicht berücksichtigt. Aufgrund dieser fehlenden "Preiswahrheit" wird tendenziell verschwenderisch mit diesen Gütern umgegangen: knappe Ressourcen werden massiv verbraucht, die Umwelt belastet. Der Faktor Arbeit hingegen, der in ausreichendem Maße vorhanden ist und gefördert werden sollte, ist übermäßig teuer und belastet. **Prinzip der Oeko-Steuer ist es, hier für eine Umverteilung zu sorgen: Der Umweltverbrauch soll teurer werden - im Gegenstück der Faktor Arbeit tailliger.**

Für Deutschland, die Niederlande und Dänemark liegen Zahlen vor, die aufzeigen, daß allein durch eine Energiesteuer Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen werden könnten. Ein positiver Effekt auf den Arbeitsmarkt wäre ohne Zweifel auch in Luxemburg zu erwarten. Ebenso liegen Berechnungen vor, die aufzeigen, daß Oeko-Steuern zu einer substantziellen Reduktion der Umweltbelastungen führen.

Stärkung des ökologischen Strukturwandels

Auch die Wirtschaft kann von einer wohldurchdachten Oeko-Steuer profitieren. Denn durch die Oeko-Steuer und die damit zusammenhängenden Förderprogramme werden neue zukunftsweisende Technologien und Produktionsprozesse, die schließlich die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben wesentlich prägen, unterstützt und gezielt ausgebaut. Diese Maßnahmen gehen einher mit dem Erhalt bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Förderung neuer zukunftsweisender umweltschonender Technologien

Somit erhalten neue Technologien, die sich aufgrund der derzeit fehlenden Preiswahrheit nur schwer durchsetzen können, endlich eine reelle Chance (z.B. Solarenergie, Energiesparmaßnahmen).

Entlastung des Sozialsystems

Die eingenommenen Gelder erlauben des weiteren einen Beitrag zur Finanzierung des Sozialsystems zu leisten.

Verbesserung der Lebensqualität

Kommt hinzu, daß eine derartige Steuer mittelfristig - neben den Inzidenzen auf den Arbeitsmarkt - positive Einflüsse auf die Lebensqualität jedes Einzelnen haben wird, da der Staat gezielt entsprechende Maßnahmen fördert. Sei es durch den Ausbau der öffentlichen Transportmittel, die Verbesserung der Wärmedämmung von Wohnungen u.a.m.

Prinzipien einer ökologischen Steuerreform

1. Aufkommensneutralität gewährleisten

Weder für Privathaushalte noch für Betriebe sollten direkte Mehrkosten entstehen. Grundsätzlich sollte vielmehr eine Umverteilung stattfinden: der Umweltverbrauch sollte teurer - der Faktor Arbeit billiger werden. Entsprechend werden soziale Härtefälle bzw. Wettbewerbsprobleme vermieden.

2. Gradualität / Vorhersehbarkeit sichern

Oeko-Steuern sollten in einem vorhersehbaren Rahmen eingeführt und graduell (z.B. im Zeitraum von mehreren Jahren) erhöht werden. So kann sich der Einzelne und auch Betriebe auf die neue Situation einstellen und sich - soweit wie möglich - umweltschonender verhalten sowie stärker auf den Faktor Arbeit zurückgreifen.

3. Alternativen fördern

Alternativen, die dem Bürger und den Betrieben ein umweltschonenderes Verhalten erlauben (z.B. alternative Energien, öffentliche Transportmittel), sollten parallel zur Einführung einer Steuer bewußt gefördert werden: sei es mittels Beratungsprogrammen oder aber mittels finanzieller Instrumente.

4. Lenkungseffekt sichern

Ein Lenkungseffekt - d.h. die Förderung eines umweltschonenderen Verhaltens - sollte entsprechend gegeben sein. Dies mit dem Ziel, die Umweltbelastungen zu verringern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ziele der vorgeschlagenen Energiesteuer für Luxemburg

Die Vorschläge für eine Anhebung der Energiesteuern in Luxemburg orientieren sich - gemäß dem Wuppertaler Institut für Klima, Energie und Umwelt - an folgenden Zielen:

"- Es soll ein Entwicklungspfad aufgezeigt werden, für einen Beitrag Luxemburgs zur Verminderung der energiebedingten Treibhausgase und der hiermit simultan verbundenen klassischen energiebedingten Luftschadstoffe, indem durch die Erhöhung der Energiesteuern Anreize geschaffen werden, mit Energie sparsam und rationell umzugehen, den Beitrag erneuerbarer Energien am Energieangebot zu steigern, sowie einer umweltschonenden Mobilität einen größeren Stellenwert einzuräumen.

- Dies soll in einer Weise geschehen, wodurch weder die Wettbewerbsfähigkeit der luxemburgischen Wirtschaft beeinträchtigt, sie sogar soweit wie möglich gestärkt wird, die Sozialverträglichkeit gewährleistet und die fiskalische Einnahmesituation der luxemburgischen Staatseinnahmen gesichert bleibt.

*- Zudem soll die Steuer darauf abzielen, einen **Beitrag zur Finanzierung des Luxemburger Sozialsystems** zu leisten und somit zu einer Entlastung des Faktors Arbeit führen.*

- Die Vorschläge sollen realistische Wege aufzeigen, um es Luxemburg im Kreis seiner EU-Partnerländer zu ermöglichen, sich offensiv in der europäischen Klimapolitik und Energiesteuerpolitik zu engagieren. (...)

2. Die Vorschläge des Gutachtens orientieren sich pragmatisch an der Erzielung eines höchst möglichen Konsenses. Vorgeschlagen werden deshalb zwei unterschiedlich anspruchsvolle Energiesteuermodelle."



Zum Thema "Flugbenzin"

In den Berechnungen der Energiesteuer in der vorliegenden Studie wurde das Flugbenzin nicht spezifisch berücksichtigt.

Dies, da hier eindeutig eine EU-weite Regelung erforderlich und die rechtliche Situation recht kompliziert ist (mit Ausnahme der Sportfliegerei). ftatürlich kann Luxemburg aber auf anderen Ebenen konkret im Flugbereich aktiv werden, z.B. durch die Erhebung einer ,Umweltabgabe, so wie dies z.B. in Zürich der Fall ist. .

Der Mouvement Ecologique engagiert sich in einem weltweiten Bündnis von Umweltschutzorganisationen (EU, Amerika, Japan, Australien), das sich für eine Besteuerung des Flugbensins einsetzt.

Jede(r) interessierte kann die diesbezüglichen Untertagen gratis nachfragen: Tel. 439030.

Anmerkung

Die im folgenden sowie in der Detailstudie verwendeten Daten, basieren auf Informationen der 1EA, der STATEC, von Eurostat sowie des Luxemburger Energieministeriums.

Entsprechend sind - nicht zuletzt auch weil die Energiepreise regelmäßig leichten Veränderungen ausgeliefert sind - leichte Fluktuationen bei den Preisangaben möglich, die aber nichts an der Grundorientierung ändern.

Modelle einer Energiesteuer für Luxemburg

Im Rahmen der Studie "Energiesteuerkonzept für Luxemburg" des "Wuppertaler Instituts für Klima, Energie und Umwelt" werden zwei unterschiedlich anspruchsvolle Modelle einer Energiesteuer für Luxemburg analysiert, die spezifisch auf die Situation unseres Landes angepasst sind. Während das eine Modell im nationalen Alleingang eingeführt werden kann, bietet sich für das andere eine Einführung in Partnerschaft mit anderen EU-Ländern an. Für beide Modelle sollten ähnliche Kompensations- und Fördermaßnahmen vorgesehen werden.

I Modell 1: Das Ausschöpfungsmodell

Das Ausschöpfungsmodell stellt ein Einstiegsszenario in eine ökologische Steuerreform dar. Dies mit dem Ziel, mit den eingenommenen Geldern Akzente im Sinne einer zukunftsweisenden Energie- und Verkehrspolitik, einer Entlastung des Faktors Arbeit, einer Sicherung der Sozialsysteme sowie einer Förderung der kleinen und mittleren Betriebe zu setzen. Grundprinzip ist hierbei, daß die Preisdifferenzen zum Ausland bei Treib- und Heizstoffen beibehalten, jedoch reduziert werden. Diese Steuer sollte ohne Wenn und Aber - so wie seitens der Regierung versprochen - bereits in dieser Legislaturperiode eingeführt werden.

Angesichts der Tatsache, daß sich der Mouvement Ecologique für einen umgehenden Einstieg in eine ökologische Steuerreform einsetzt, wird im folgenden das kurzfristig machbare Ausschöpfungsmodell einer Energiesteuer etwas ausführlicher dargestellt. Es versteht sich aber von selbst, daß unser Land zusätzlich in der Pflicht steht, sich weitaus stärker als bisher für die Einführung einer weitreichenderen Energiesteuer einzusetzen.

II Modell 2: Das Kooperationsmodell

Im Kooperationsmodell wird die Einführung einer eigentlichen, weitreichenderen Energiesteuer vorgestellt. Sie setzt eine abgestimmte Vorgehensweise mit anderen EU-Ländern voraus und wird wie folgt berechnet:

Die Luxemburger Energiepreise werden - wie im Ausschöpfungsmodell - leicht erhöht, so daß sie nach wie vor unter den Preisen im Ausland liegen. Zusätzlich wird in allen teilnehmenden Ländern eine gemeinsam abgestimmte Energie-Steuer auf den verschiedenen Energieträgern erhoben. Luxemburg sollte im Schulterschuß mit einem Kern von EU-Ländern eine Vorreiterrolle übernehmen und offensiv für eine derartige Steuer eintreten.

Vor allem beim Kooperationsmodell könnten durch die höheren Einnahmen weitreichendere Effekte zur Entlastung des Faktors Arbeit und zur Förderung umweltschonender Alternativen erreicht werden - wobei auch in diesem Bereich tendenziell die Aufkommensneutralität gegeben sein sollte.

Exkurs zum Thema "Tanktourismus"

Das Modell der Ausschöpfungssteuer tangiert den "Tanktourismus" nicht oder kaum. Es kann deshalb auch nicht der Wahrheit letzter Schluß sein. Grundsätzlich ist die Einführung einer weitreichenderen Energiesteuer auch in Luxemburg unerläßlich.

Aber: das vorliegende Ausschöpfungsmodell erlaubt einen ersten, sanften Einstieg in eine ökologische Steuerreform. Ihm kommt demnach eine gewisse Signalwirkung zu. Es ermöglicht zudem die Grundprinzipien einer Oeko-Steuer darzulegen und deren Wirksamkeit, sozusagen in einem "pädagogischen Modell", aufzuzeigen.

Fatal ist nämlich der derzeitige Stillstand bzw. die aktuelle Vorgehensweise:

- Wegen der Problematik des "Tanktourismus" und der damit verbundenen hohen Budgeteinnahmen wird seit Jahren in Luxemburg eine grundsätzliche Diskussion über eine ökologische Steuerreform verhindert. Es geht also zunächst darum, das Thema zu "enttabuisieren".
- Eine Erhöhung des Benzinpreises wird periodisch seitens der Regierung als ein Finanzierungsinstrument genutzt,

dies ohne erkennbares Gesamtkonzept. Es geht also darum, ein Konzept einer ökologischen Steuerreform einzufordern, das aus sozial- und umweltpolitischer Sicht auch mittelfristig Sinn macht.

Das Ausschöpfungsmodell bietet in dieser Phase die Möglichkeit den Einstieg einzuleiten - ohne daß diese Vorgehensweise gravierende Folgen im Zusammenhang mit dem Tanktourismus nach sich ziehen würde.

Die Idee des Ausschöpfungsmodells ist ausdrücklich als Aufforderung an die Regierungskoalition zu verstehen, noch in dieser Legislaturperiode diesen Einstieg durchzuführen. Dies in Erfüllung der in der letzten Wahlkampagne gemachten Versprechen sowie der Aussagen der Regierungserklärung.

Natürlich müßte nach einem solchen "sanften" Einstieg in der nächsten Legislaturperiode über eine grundsätzliche, weitreichendere ökologische Steuerreform diskutiert werden.

Es gälte dann vor allem auch über die anderen in der Regierungserklärung angegebenen Oeko-Steuern zu diskutieren - als da sind die Steuer auf Sonderabfällen und Abwässern!

Die Energiesteuer

Im folgenden werden die Auswirkungen der vorgeschlagenen Energiesteuern auf die privaten Haushalte sowie die begleitenden Kompensationsmaßnahmen dargestellt. Wie aus den Ausführungen ersichtlich wird, ist die Sozialverträglichkeit der geplanten Maßnahmen gegeben. Dies vor allem weil Kompensationszahlungen (vor allem über das Öko-Bonus-System) erfolgen. Haushalte profitieren zudem von den gezielten Fördermaßnahmen, die zum einen erlauben im Transport- und Energiebereich Geld einzusparen und zum anderen ein Mehr an Lebensqualität gewährleisten.

Die vorgeschlagene Energiesteuer

Ein Vergleich der heutigen Energiepreise der Haushalte in Luxemburg mit denjenigen des Auslandes zeigt auf, daß die Preise in Luxemburg überwiegend unter denjenigen im Ausland liegen. Dies trifft vor allem auf Benzin und Erdgas zu, aber auch auf Elektrizität. Es besteht demnach ein gewisser Spielraum für eine Energiepreis-Erhöhung, so daß sie sich denjenigen im Ausland annähern. Es wird deshalb vorgeschlagen in drei Schritten - 1999, 2001, 2003 - folgende Preiserhöhungen im Ausschöpfungs-

modell durchzuführen (Kooperationsmodell siehe folgende Seite):

Benzin:
- 1999: + 2,3 Luf
- 2001, 2003 jeweils + 1,3 Luf
Diesel:
1999, 2001, 2003 jeweils + 0,33 Luf/l
Elektrizität:
1999, 2001, 2003
jeweils + 0,053 Luf/kWh
Leichtes Heizöl:
1999, 2001, 2003
jeweils + 0,224 Luf /l
Erdgas:
1999, 2001, 2003
jeweils + 0,3 Luf /m³

Heutige Energiepreise für Haushalte auf einen Blick

Energieträger	Luxemburg 1997	Deutschland 1997	Frankreich 1997	Belgien 1997
Transport				
Diesel (l), mit MWst.	22,4	26,1	27,3	27,3
Superbenzin (l)	27,0	35,5	38,7	37,9
Wärme / Strom				
Heizöl (Mazout) (l)	9,42	10,4	14,1	9,1
Erdgas (m ³)	9,85	14,8	14,7	14,8
Elektrizität (kWh)	4,77	5,1	5,2	5,4

Geplante Erhöhungen für Luxemburg (Ausschöpfungsmodell)

Energieträger	1997	1999	2001	2003
Transport				
Diesel (l), mit MWst.	22,4	0,33	0,67	1,0
Superbenzin (l)	27,0	2,3	3,6	4,9
Wärme / Strom				
Heizöl (Mazout) (l)	9,42	0,224	0,448	0,672
Erdgas (m ³)	9,85	0,30	0,59	0,89
Elektrizität (kWh)	4,77	0,053	0,107	0,160

Energiepreise für Haushalte nach der Einführung der Steuer im Vergleich zum Ausland (Ausschöpfungsmodell)

Energieträger	Luxemburg				Deutschland 1997	Frankreich 1997	Belgien 1997
	1997	1999	2001	2003			
Transport							
Diesel (l), mit MWst.	22,4	22,73	23,07	23,4	26,1	27,3	27,3
Superbenzin (l)	27,0	29,3	30,6	31,9	35,5	38,7	37,9
Wärme / Strom							
Heizöl (Mazout) (l)	9,42	9,644	9,868	10,092	10,4	14,1	9,1
Erdgas (m ³)	9,85	10,15	10,44	10,74	14,8	14,7	14,8
Elektrizität (kWh)	4,77	4,823	4,877	4,93	5,1	5,2	5,4

für Haushalte

Die vorgesehenen Kompensation

Prinzip der Oeko-Steuer ist es, aufkommensneutral und sozialverträglich gestaltet zu sein und Betriebe und Privatpersonen nicht zusätzlich zu belasten.

Deshalb sollten die gesamten Einnahmen über die Energiesteuer aus den Haushalten auch integral an diese zurückfließen. Um dies sicherzustellen könnte ein "Öko-Bonus"-System eingeführt werden. Hierbei werden die Gesamteinnahmen aus der Energiesteuer der privaten Haushalte durch die Einwohnerzahl dividiert und jeder Einzelne erhält einen Pauschalbetrag zurückerstattet. Im Jahre 2003 würde der Betrag in etwa 3000 Luf betragen (bei etwa 1,3 Milliarden Luf Einnahmen, geteilt durch eine Einwohnerzahl von etwa 420.000 Personen). Haushalte mit einem geringerem Verbrauch und einem umweltschonenden Verhalten werden belohnt.

Das Modell ist aus sozialer Sicht besonders positiv zu bewerten, da keine prozentuale Koppelung an den Lohn erfolgt (und entsprechend keine Benachteiligung sozial schwächerer Gruppen erfolgt).

(Weiteres Siehe S. 12)

Die vorgesehenen Fördermaßnahmen

Neben dem Öko-Bonus wird eine gezielte Hilfestellung beim Energiesparen (Senken der Energiekosten) sowie zur Förderung eines anderen Mobilitätsverhalten (Verringerung der Transportkosten) gegeben.

Diese Fördermaßnahmen führen zu einer direkten Entlastung der Haushalte und einem Mehr an Lebensqualität. Als Beispiel:
- Programm Altbausanierung: die bessere Wärmedämmung soll durch eine gezielte Information, Beratung, finanzielle Hilfestellungen für die Isolationsarbeiten u.a.m. seitens des Staates gefördert werden. Hierdurch können Privathaushalte Gelder einsparen und gleichzeitig ihren Wohnkomfort erhöhen;

- Gezielte Verbesserung des öffentlichen Transportes: durch die Schaffung von Mitfahrzentralen, die Organisation von Nachtbussen u.a.m. können Privathaushalte den Privatwagen öfter stehen zu lassen und verstärkt auf attraktive öffentliche Transportmittel zurückgreifen.

Die erreichte Stärkung der mittleren und kleineren Betriebe bzw. die Entlastung des Faktors Arbeit werden zudem positive Auswirkungen im privaten Bereich haben.

(Siehe S. 12 und 13)

Die Auswirkungen des Kooperationsmodells

Es liegt auf der Hand, daß die Preiserhöhungen im Rahmen des Kooperationsmodells höher angesiedelt wären. Die Autoren der Wuppertaler Studie schlagen folgende Preisstaffelung beim Kooperationsmodell von

	Preis 1997	Preis 2003
Diesel (l)	22,4	26,6
Superbenzin (l)	27,0	34,5
Heizöl (l)	9,42	13,191
Erdgas (m3)	9,85	12,68
Elektrizität(kWh)	4,770	5,215

Gemäß den höheren Einnahmen und Belastungen müßten entsprechend auch die Kompensationsmaßnahmen für Haushalte erhöht und die Förderprogramme des Staates angepaßt werden. Insgesamt würden die Einnahmen aus den Haushalten und dem Tanktourismus im Jahre 2003 etwa 7,9 Milliarden Luf betragen und für eine Rückverteilung zur Verfügung stehen. Der Lenkungseffekt wäre im Falle des Kooperationsmodells natürlich umweltpolitisch relevanter.

Geschätzte durchschnittliche Mehrausgaben und Öko-Bonus für einen 4 Personen-Haushalt pro Jahr im Jahre 2003 (Ausschöpfungsmodell)

	Heizung / Strom	Kraftstoffe
Durchschnittliche Ausgaben vor Einführung der Steuer	50.000.- Luf	125.000.- Luf
Durchschnittliche Mehrausgaben aufgrund der Energiesteuer	2.200.- Luf	10.780.- Luf (*)
Durchschnittliche Mehrausgaben insgesamt:	12.980.- Luf	
Rückerstattung über den Oeko-Bonus	12.000.- Luf (4 Personen zu 3000.- Luf)	

(*) im Falle eines Benzinmotors mit einem 11 l-Verbrauch und einer Fahrleistung von 20.000 km/Jahr. Bei einer Fahrleistung eines 11l-Benzinmotor von 10.000 km betragen die Kosten 5.360.-, für einen Dieselmotor (8-l und 20.000 km/Jahr) 1.600.-

Anmerkung: Diese Berechnungen tragen nicht den mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Energieeinsparungen usw. Rechnung. Es ist davon auszugehen, daß die Kosten entsprechend niedriger ausfallen werden.

Anmerkung:

Da aus ökologischer Sicht Dieselmotoren problematischer als Benzinmotoren zu bewerten sind, zeigen die sehr unterschiedlich ausfallenden Mehrkosten für Benzin- bzw. Dieselmotoren die Grenzen des Ausschöpfungsmodells auf: eine ausgewogenere Gewichtung im Rahmen einer Weiterentwicklung des Energiesteuer-Konzeptes drängt sich auf.

Die Energiesteuer

Bei der Einführung einer Energiesteuer für Betriebe sollte grundsätzlich deren Wettbewerbssituation gewahrt bleiben. Außerdem soll die Innovation sowie energiesparende Produktionsprozesse gefördert und der Faktor Arbeit entlastet werden.

Die vorgeschlagene Energiesteuer

Untenstehende Tabellen stellen die aktuellen Energiepreise für kleinere und mittlere Betriebe sowie für industrielle Betriebe dar. (Es werden lediglich die Energiepreise für Wärme und Strom wiedergegeben. Es versteht sich von selbst, daß die Kraftstoffpreise die gleichen sind, als diejenigen bei Haushalten.)

Der Vergleich mit dem Ausland zeigt auf, daß die Energiepreise in Luxemburg sowohl für kleine und mittlere als teilweise auch für industrielle Betriebe niedriger sind, als diejenigen im Ausland. Es besteht entsprechend eine Marge für eine gewisse Preiserhöhung im Rahmen eines Energiesteuerkonzeptes. Entsprechend wird vorgeschlagen, die Energiepreise leicht anzuheben.

Heutige Energiepreise für kleine und mittlere Betriebe sowie für Industrien im Ländervergleich

Energieträger Wärme/Strom	Luxemburg 1 997	Deutschland 1 997	Frankreich 1997	Belgien 1997
Kleine und mittlere Betriebe				
Heizöi (Mazout) (1000 l)	9420	10397	14148	9133
Erdgas (m3)	9,85	14,84	14,68	14,84
Elektrizität (MWh) Industrie	4770	5097	5178	5382
Heizöl (Mazout) (1000 l)	8410	8970	9990	7543
Schweres Heizöl (t)	5266	5178	5708	4771
Erdgas (m3) (*)	8,19	8,84	6,34	7
Elektrizität (MWh)	2060	2732	2039	2079

Vorgeschlagene Energiesteuer für kleinere und mittlere Betriebe sowie Industrien in Luxemburg (Ausschöpfungsmodell)

Energieträger Wärme/Strom	1997	1999	2001	2003
Kleine und mittlere Betriebe				
Heizöl (Mazout) (1000 l)	9420	224	448	672
Erdgas (m3)	9,85	0,30	0,59	0,89
Elektrizität (MWh) Industrie	4770	53	107	160
Heizöl (Mazout) (1000 l)	8410	224	448	672
Schweres Heizöl (t)	5266	56	114	168
Erdgas (m3) (*)	8,19	0,30	0,59	0,89
Elektrizität (MWh)	2060	13	27	40

Preise nach Einführung der Energiesteuer im Ländervergleich (Ausschöpfungsmodell)

Energieträger Wärme/Strom	1997	Luxemburg 1999	2001	2003	Deutschland 1997	Frankreich 1997	Belgien 1997
Kleine und mittlere Betriebe							
Heizöl (1000 l)	9420	9644	9868	10092	10397	14148	9133
Erdgas (m3)	9,85	10,15	10,44	10,74	14,84	14,68	14,84
Elektrizität (MWh) Industrie	4770	4823	4877	4930	5097	5178	5382
Heizöl (1000 l)	8410	8634	8858	9082	8970	9990	7543
Schweres Heizöl (t)	5266	5322	5380	5434	5178	5708	4771
Erdgas (m3) (*)	8,19	8,49	8,78	9,08	8,84	6,34	7
Elektrizität (MWh)	2060	2073	2087	2100	2732	2039	2079

(*) Wichtige Anmerkung betreffend die Erdgaspreise: in Wirklichkeit sind die Preise für Großabnehmer aufgrund spezieller Vereinbarungen wahrscheinlich wesentlich günstiger, als dies die offiziellen Statistiken ausgeben.

für Betriebe

Die vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen und Rückerstattungen

Von besonderer Bedeutung sind die Kompensationsmaßnahmen für Betriebe, die auf zwei Ebenen anzusiedeln sind:

- **Besonders energieintensive Betriebe erhalten eine 75% Rückerstattung der Energie-Mehrkosten**, da bei diesen Betrieben die Energiekosten in den Produktionskosten eine wichtige Größe darstellen. Sie sind eigentlich die einzigen, die bei einer im nationalen Alleingang durchgeführten Energiesteuer einen Wettbewerbsnachteil haben könnten. Um dies zu vermeiden, wird ihnen 75% der Steuern auf Gas und Öl rückerstattet (auf Strom wird nur eine minimale Steuer gelegt, so daß eine Rückzahlung nicht notwendig ist).

Alle anderen Betriebe haben in der Regel Energiekosten, die unter 1% ihrer Gestehungskosten liegen (Banken, kleine und mittlere Handwerksbetriebe), so daß hier auf die spezielle Kompensation verzichtet werden kann.

- Ein Teil der Gelder wird als **Beitrag zur Finanzierung der Arbeitgeber-Beiträge zum Sozialsystem**, sei es der Kranken- und Pensionskassen oder aber der Pflegeversicherung, verwendet.

Die detaillierteren Maßnahmen werden auf S. 15 dieses Falblattes dargestellt.

Die vorgesehenen Förderprogramme

Zudem sollte der Staat gezielte Förderprogramme in die Wege leiten, die

- Betriebe konkret stärker als bisher bei der Anwendung energiesparender Produktionsprozesse bzw. bei der Verwendung alternativer Energien unterstützen;

- vor allem kleine und mittlere Betriebe unterstützen. Hierzu gehört u.a. die Stärkung der Aktivitäten des Technologie- und Gründungszentrums.

(Genauerer hierzu siehe S. 13-14)

Die Auswirkungen des Kooperationsmodells

Es liegt auf der Hand, daß die Preiserhöhungen im Rahmen des Kooperationsmodells höher angesiedelt wären. Hier schlagen die Autoren der Wuppertaler Studie folgende Preisstaffelung vor:

	Preis 1997	Preis 2003
Kleine und mittlere Betriebe		
Heizöl (l)	9,420	13,191
Erdgas (m ³)	9,85	12,68
Elektrizität(MWh)	4770	5215
Industrien		
Heizöl (l)	8,410	12,183
Erdgas (m ³)	8,19	11,02
Elektrizität(MWh)	2060	2385

Gemäß den höheren Einnahmen und Belastungen müßten entsprechend auch die Kompensationsmaßnahmen bzw. die Fördermöglichkeiten angepaßt werden. Dies im Hinblick auf einen wünschenswerten ökologischen Strukturwandel in der Wirtschaft.

Die geschätzten Mehrausgaben für unterschiedliche Betriebstypen

Die in der Studie vorgeschlagenen Preiserhöhungen im Rahmen des Ausschöpfungsmodells werden äußerst geringe finanzielle Auswirkungen auf Betriebe haben. Dies umso mehr, wenn potentielle Energieeinsparungen - aufgrund der Förderprogramme - berücksichtigt werden.

Mittlerer Schreinerbetrieb

(Ausschöpfungsmodell)

Steigerung der Gesamtenergiekosten nach Einführung der Energiesteuer

Jahr	Gesamtenergiekosten (Luf)	Steigerung (%)
1997	425.000	100%
1999	432.248	102%
2001	439.552	103%
2003	446.800	105%

Mehrausgaben im Jahre 2003 nach Einführung der Energiesteuer: 21.800 Luf

Da der Energieverbrauch weniger als 1% der Gesamtausgaben des Betriebes ausmacht und die Erhöhungen marginal sind, erfolgt bei diesem Betrieb keine 75%- Rückerstattung der Energiekosten. Die anderen Kompensationen und Förderprogramme kommen aber zur Geltung.

Energieintensiver produzierender Betrieb

(Ausschöpfungsmodell)

Steigerung der Gesamtenergiekosten nach Einführung der Energiesteuer

Jahr	Gesamtenergiekosten (Luf)	Steigerung (%)
1997	345.000.000.-	100%
1999	351.520.000.-	101,9%
2001	358.040.000.-	103,8%
2003	364.560.000.-	105,7%

Mehrausgaben im Jahre 2003 nach Einführung der Energiesteuer: 19.560.000.-Luf

Bei diesem Modell wurden die 75%-Rückzahlungen für Gas und Öl berücksichtigt.

Die Einnahmen aus der Energie-Steuer

Insgesamt werden die Einnahmen aus der Energiesteuer beim Ausschöpfungsmodell in etwa 1,94 Milliarden Luf für das Jahr 1999 betragen.

Im Jahr 2003 werden die Einnahmen auf 4,58 Milliarden Luf steigen - beim Kooperationsmodell sogar auf etwa 13,045 Milliarden Luf.

Die Studie wird ausschließlich über Spenden finanziert. Deshalb freuen wir uns über jede Spende zur Finanzierung dieses Projektes, die auf das CCP 73418-86 der Stiftung Oeko-Fonds mit dem Vermerk "Energiesteuer" überwiesen wird. Die Spenden können von den Steuern abgesetzt werden.

Wir stellen Ihnen gerne auf Wunsch die detaillierte Studie des Wuppertaler Institutes für Klima, Energie und Umwelt zu: Mouvement Ecologique, 6, rue Vauban, L - 2663 Luxemburg, Tel. 439030, Fax. 422242, Email: meco@emweltzenter.lu



Es versteht sich von selbst, daß die Einnahmen im Falle des Kooperationsmodells weitaus höher liegen werden, als beim Ausschöpfungsmodell.

Nichtsdestotrotz erlauben aber auch die Einnahmen aus dem Ausschöpfungsmoden einen Einstieg in eine ökologische Steuerreform und die Möglichkeit, deutliche umweltpolitische, soziale und wirtschaftspolitische Akzente zu setzen.

Der gezielten Verwendung der Einnahmen über eine Energiesteuer kommt eine große Bedeutung zu, da hierdurch die Aufkommensneutralität gesichert, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und der direkte Lenkungseffekt sichergestellt werden soll.

Die Fördermaßnahmen sind unerlässlich, da nur durch sie - vor allem bei den geringen Preisen im Ausschöpfungsmodell - eine direkte Förderung umweltschonenden Verhaltens

stattfindet: in der Tat ist eine Lenkung über den Preis bei derart niedrigen Energiesteuern nur sehr begrenzt gegeben. Nur über die Fördermittel kommt es zu einer konkreten Umänderung des Verhaltens, sowohl der Betriebe als auch der Privatpersonen.

Ein umweltpolitischer Gewinn entsteht somit vor allem aus den gezielten und systematischen Fördermaßnahmen, die aufgrund der Einnahmen ermöglicht werden.

Geschätzte Einnahmen aus den Energiesteuern

Die Einnahmen aus den Energiesteuern stammen

- aus folgenden Bereichen:

- * etwa 67% aus dem Benzinverbrauch
- * etwa 15% aus dem Dieserverkauf
- * etwa 18% aus der verwendeten Energie zur Wärmeerzeugung und Strom.

- wobei die einzelnen Akteure zu folgenden Prozentsätzen beteiligt sind:

- * Unternehmen 1/4
- * Tanktourismus 1/2

Die Einnahmen aus dem Ausschöpfungsmodell werden wie folgt aussehen:

1999: 1.940.- Milliarden Luf
2001: 3.258.- Milliarden Luf
2003: 4.580.- Milliarden Luf

Die Einnahmen aus dem Kooperationsmodell werden im Jahre 2003 in etwa 13,045 Milliarden Luf betragen

Die Rückverteilung der Einnahmen

Die 3 Säulen der Rückverteilung

Zahlung von Kompensationen an Haushalte und Wirtschaft

Erstellung von Fördermaßnahmen:

- im Energiebereich
- im Verkehrsbereich
- zur Stärkung der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, vor allem von kleinen und mittleren Betrieben.

Diese werden positive Inzidenzen auf den Arbeitsmarkt haben,

Beitrag zur Finanzierung des Sozialsystems / zur Entlastung des Faktors Arbeit

Die Verwendung der Gelder sollte auf folgenden Prinzipien beruhen:

- Die Mehr-Einnahmen von inländischen Betrieben und Haushalten aufgrund der Energiesteuer sollten soweit wie möglich direkt kompensiert werden: sei es direkt durch ein Ökobonus-System (Privathaushalte) oder aber indirekt durch einen Beitrag zur Finanzierung des Sozialsystems (Betriebe).

- Die aus dem Tanktourismus resultierenden Einnahmen sollten nicht für derartige Kompensationsmaßnahmen oder zur Finanzierung des Sozialsystems verwendet werden. Es wäre in der Tat mehr als fragwürdig, zur Finanzierung des Sozialsystems bzw. zur Entlastung des Faktors Arbeit eine Abhängigkeit gegenüber einem umstrittenen und mittelfristig unsicheren "Tanktourismus" herbeizuführen bzw. sogar noch zu

fördern. Entsprechend sollten mit den Geldern aus dem Tanktourismus Fördermaßnahmen (Energie, Verkehr, für kleine und mittlere Betriebe), in die Wege geleitet werden. Würde aus welchen Ursachen auch immer ein Rückgang des "Tankstellentourismus" erfolgen, so würde dies lediglich zu Kürzungen dieser Programme führen, was vor allem auch mittelfristig als unproblematisch zu bewerten wäre.

Einnahmen und Rückverteilung der verfügbaren Einnahmen (Ausschöpfungsmodell)

	1999	2001	2003
Einnahmen aus Privathaushalten = Kompensationsmaßnahmen für Haushalte	528 Mio	915 Mio	1.304 Mio
Einnahmen aus Betrieben = 75%-Rückerstattung für energieintensive Betriebe sowie Entlastung des Sozialsystems	416 Mio	710 Mio	1.002 Mio
Einnahmen aus dem Tanktourismus = Sicherstellung von Fördermaßnahmen	1.158 Mio	1.894 Mio	2.635 Mio

Säule 1: Kompensationen an Haushalte und Betriebe

Wie bereits dargelegt, sollten Kompensationen an Haushalte und Betriebe bezahlt werden, damit die Aufkommensneutralität und die Sozialverträglichkeit gewährleistet bleibt. Dies ergibt, daß im Jahre 1999 im Ausschöpfungsmodell in etwa 528 Millionen Luf an die Haushalte sowie 416 Millionen Luf an die Betriebe rückgeführt werden. Im Kooperationsmodell im Jahre 2003 sogar 3,081 Milliarden Luf an Haushalte bzw. 4,774 Milliarden Luf an die Industrie.

Kompensationen an Haushalte

Als Kompensationsform an die Haushalte wird empfohlen, einen Ökobonus als Direktzahlung einzuführen. Das zusätzliche Steueraufkommen aus den Haushalten sollte integral an diese Gruppe zurückfließen (etwa 1.3 Milliarden im Jahre 2003). Das konkrete Rückzahlungsschema müßte konsensuell festgelegt werden, sollte aber so gestaltet sein, daß jeder Haushalt einen Festbetrag erhält.

Hierbei werden die Gesamteinnahmen über die Energiesteuer aus den privaten Haushalten durch die Einwohnerzahl dividiert und jeder Einzelne erhält einen Pauschalbetrag zurückerstattet. Im Jahre 2003 würde der Betrag in etwa 3000 Luf betragen (bei etwa 1,3 Milliarden Einnahmen, geteilt durch eine Einwohnerzahl von etwa 420.000 Personen). Somit werden Haushalte mit einem geringerem Verbrauch und einem umweltschonenden Verhalten belohnt.

Da diejenigen Haushalte, die mehr Energie als im Durchschnitt verbrauchen, aufgrund der Energiesteuer mehr belastet werden, entsteht durch das Ökobonus ein Anreiz, den Energieverbrauch zu senken.

Dieses Modell ist aus sozialer Sicht besonders positiv zu bewerten, da keine prozentuale Koppelung an das Lohnniveau erfolgt (und entsprechend sozial schwächere Gruppen nicht benachteiligt werden).

Kompensationen an Betriebe

Die Kompensationszahlungen an Betriebe sind zweifacher Natur:

- Energieintensive Betriebe sollten eine Rückerstattung von 75% der gezahlten Energiesteuern auf leichtem Heizöl und Erdgas erhalten

(Da die Preiserhöhungen im Bereich Elektrizität beim Ausschöpfungsmodell minimal sind, drängt sich hier keine direkte Rückzahlung auf).

Diese Vorgehensweise beansprucht in etwa 120 Millionen im Jahre 1999 sowie 350 Millionen im Jahre 2003.

Verwaltungstechnisch könnte gemäß dem Wuppertaler Institut die Rückerstattung z.B. durch Abzug von Umsatzsteuerschuld realisiert und im Rahmen der Betriebsprüfung der betrieblichen Mehrwertsteuererklärung kontrolliert werden.

- Weitere Gelder sollten für die Beteiligung an der Finanzierung des Sozialsystems verwendet werden.

Für diese Maßnahme werden gemäß dem Ausschöpfungsmodell im Jahre 1999 etwa 300 Millionen und im Jahre 2003 650 Millionen zur Verfügung stehen. Im Falle des Kooperationsmodells werden sogar mehrere Milliarden im Jahre 2003 vorhanden sein.

Derart kann dazu beigetragen werden, daß die Beiträge der Betriebe zum Sozialsystem mittelfristig nicht oder weniger erhöht werden müssen - was de facto zu einer Reduktion der Belastung des Faktors Arbeit führt.

Säule 2: Fördermaß- nahmen für Verbraucher und Betriebe

Prinzip der Energiesteuer ist es, Privathaushalte und Betriebe dahingehend zu unterstützen, daß sie sich umweltschonender verhalten und entsprechend weniger von der Energiesteuer betroffen sind. Zudem gilt es prioritär kleine und mittlere Betriebe zu fördern.

Folgende Fördermaßnahmen auf 3 Ebenen - für die im Rahmen des Ausschöpfungsmodells im Jahre 2003 etwa 2,6 Milliarden Luf und im Rahmen des Kooperationsmodells in etwa 4,8 Milliarden Luf vorhanden wären, sollten in die Wege geleitet werden:

Förderprogramme Energie

1. Renovierung bestehender Gebäude

Da Luxemburg jahrzehntlang keine Normen für die Mindestisolation bei Gebäuden vorschrieb, besteht großer Handlungsbedarf. Durch gezielte Maßnahmen (optimale Isolation von Dach, Außenmauern..) kann der Energieverbrauch drastisch reduziert und die Wohnbehaglichkeit verbessert werden.

2. Förderung der Gasbrennwerttechnik

Auch Erdgas setzt CO₂ frei. Deshalb sollte bei der Erneuerung alter resp. beim Neubau von Heizungen nur die beste Technik eingesetzt werden.

3. Beschleunigte Markteinführung von Niedrigenergiehäusern

Der Bau von Niedrigenergiehäusern (50kW/m²) sollte finanziell und beratend unterstützt werden.

4. Kraftwärme- und Kraftkälte-Eigenstromproduktion und deren Netze

Um den Markt aufrecht zu erhalten, sollten neben dem garantierten Einspeisepreis für Strom aus solchen Anlagen auch die benötigten Netze zum Transport der Wärme respektiv der Kälte gefördert werden.

5. Förderung erneuerbarer Energien

Bestehende Förderungen müssen in einzelnen Bereichen (z.B. Holzhackschnitzei, Solarphotovoltaik,...) ausgebaut werden - auch sollte eine Marketing und Informationsoffensive gestartet werden.

6. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Die Renovierung bestehender Gebäude

sowie Neubauten des Staates sollten in Zukunft optimalen energetischen Ansprüchen gerecht werden.

7. Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene (PEEC)

Das bestehende Förderprogramm für Energiemaßnahmen seitens der Gemeinden muß aufgestockt und intensiver betreut werden.

8. Aktionsprogramm Industrie und Gewerbe

Insbesondere im nicht-produzierenden Gewerbe (Supermärkte, Klein- und Mittelbetriebe) gilt es eine offensive Strategie zur Hilfestellung zu entwickeln.

9. Stromsparprogramme in allen Sektoren

Marketing- und Prämienprogramme für energiesparende Haushaltsgeräte.

10. Markteinführung von Contracting

Contractingunternehmen planen, finanzieren und betreiben Energiesparanlagen, wie z.B. effiziente Beleuchtungen und Belüftungen. Der Gewinn wird zwischen dem Contractingunternehmen und dem Auftraggeber (Bank, Betrieb) aufgeteilt. Um den Weg frei zu machen für die ersten Unternehmen und Projekte, braucht es einer organisatorischen und finanziellen Hilfestellung.

11. Integriertes Programm für Forschung und Entwicklung, Weiterbildung und Markteinführung: Ohne Know-How gibt es keine Effizienzrevolution. Deshalb sollten erfolgreiche ausländische Modelle der Erforschung und der Weiterbildung auf Luxemburg adaptiert und hier professionell durchgeführt werden.

Neue Strukturen im Energiebereich

Erfolge beim Einsparen von Energie und dem Aufbau von erneuerbaren Energien sind nicht nur ein Problem der zur Verfügung stehenden Gelder für Fördermaßnahmen, sondern auch der Strukturen, die diese Gelder verwalten. Auch in Luxemburg wird es notwendig sein, die Aufgabenteilungen unter den bisherigen Strukturen (Energieministerium, "Agence de l'Énergie") kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls neue Strukturen aufzubauen. Vorbild könnten dabei die in Dänemark und Großbritannien funktionierenden "energy saving trusts" sein.

Fördermaßnahmen Transport

Im Sinne einer zukunftsweisenden Transportpolitik ist es unerlässlich, in Luxemburg eine Mobilitätszentrale zu schaffen (wobei in etwa 100 Millionen für den Aufbau der Struktur und die durchzuführenden Aktivitäten pro Jahr benötigt werden).

Der Aufgabenbereich einer derartigen Mobilitätszentrale umfaßt u.a. folgende Punkte:

- Auskunft und Information

Sie ist die Anlaufstelle für Bürger, die generelle Informationen zum Thema Verkehr benötigen: von Auskünften über die optimale Fahrroutengestaltung bis hin zu konkreten Daten zum Thema Car-Sharing;

- Projektkoordination

Sie initiiert selbst Projekte im Mobilitätsbereich, z.B. mit Gemeinden, Betrieben, Gewerkschaften oder anderen gesellschaftlichen Akteuren.

- Anlaufstelle

Die Zentrale dient als stützende Instanz für Gruppen, Organisationen, Betriebe... die sich im Verkehrsbereich stärker engagieren wollen und fördert die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Stellen.

- Kampagnenarbeit

Sie soll die Basis für ein anderes Mobilitätsverhalten bieten, z.B. durch die Schaffung einer Mitfahrzentrale, die Organisation von Public-Awareness-Kampagnen.

Entsprechend weitgefächert sind die praktischen Aktivitäten im Alltag:

- Kontaktaufnahme mit Betrieben zur Erstellung eines Betriebverkehrsplanes (inkl. Job-Tickets);
- Organisation der Mitfahrzentrale;
- Förderung von neuen Konzepten der Mobilität: Bürgerbusse, Nachtbusse
- Schaffung von Anreizen zur Nutzung der öffentlichen Transportmittel im Freizeitverkehr (z.B. Fahrten ins Kino, verbilligte Eintrittspreise...).

Fördermaßnahmen für kleine und mittlere Betriebe zur Innovation und Neugründung

Kleine und mittlere Betriebe ziehen einen direkten Nutzen aus den genannten Fördermaßnahmen im Energiebereich, da sie direkte neue Arbeitsfelder für diese darstellen, die zum Teil sehr arbeitsintensiv sind (z.B. energetische Sanierung von Gebäuden).

Zusätzlich sollten die zur Verfügung stehenden Gelder aber auch genutzt werden, um kleine und mittlere Betriebe zu stärken und somit Arbeitsplätze zu sichern oder zu schaffen.

Folgende Projekte bieten sich an:

- Förderung des Gründer- und Technologiezentrums (etwa 450 Mio jährlich)

Es gibt in Luxemburg bereits ein derartiges Zentrum, das Betriebe sowohl bei der Ansiedlung als auch bei der Auswahl der besten Produktionsprozesse berät. Allerdings sind die derzeitigen Mittel noch begrenzt, so daß sich eine stärkere finanzielle Förderung zur Durchführung von gezielten Aktivitäten aufdrängt.

- Gewährleistung eines Existenzgründerprogrammes (etwa 100 Millionen jährlich):

Es ist im Sinne einer stabilen Wirtschaftsstruktur, auch neue Initiativen stärker zu unterstützen als bisher. Deshalb bietet sich die Gestaltung eines Existenzgründerprogrammes an. Ebenso erforderlich wäre die Gewährleistung von Risikokapital für kleinere und mittlere Betriebe.

Nutzen ziehen könnten sowohl Handwerksbetriebe, Dienstleistungsunternehmen, Planungsbüros oder kleine und mittlere Unternehmen (z.B. Produktionsanlagen für solarthermische Kollektorsysteme).

Säule 2: Fördermaßnahmen für Verbraucher und Betriebe

Säule 3: Beitrag zur Finanzie- rung des Sozial- systems - Entlastung des Faktors Arbeit

Prinzip der Oeko-Steuern ist es, den Faktor Arbeit zu entlasten sowie den Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung zu verteuern.

Angeichts der spezifischen Luxemburger Situation (recht geringe Lohnnebenkosten) ist in diesem Bereich eher ein mittelfristiger Handlungsbedarf festzustellen und es gilt ein spezifisch an die Luxemburger Situation angepaßtes Modell zu entwickeln.

Dabei bietet es sich an, einen Teil der von den (inländischen) Haushalten sowie den hier ansässigen Betrieben aufgebrauchten Steuerbeträgen als Beitrag für die Finanzierung des Sozialsystems und eine entsprechende Entlastung des Faktors Arbeit zu verwenden. Für diese Maßnahmen sowie für diejenigen der Kompensationen an Betriebe im allgemeinen würden im Jahre 2003 mehrere hundert Milliarden Gelder zur Verfügung stehen.

Prognosen betreffend die Finanzierung der Krankenkassen, der Pensionssysteme als auch der Pflegeversicherung deuten darauf hin, daß eine Mehrbelastung von Betrieben durch Beitragserhöhungen mittelfristig anstehen werden.

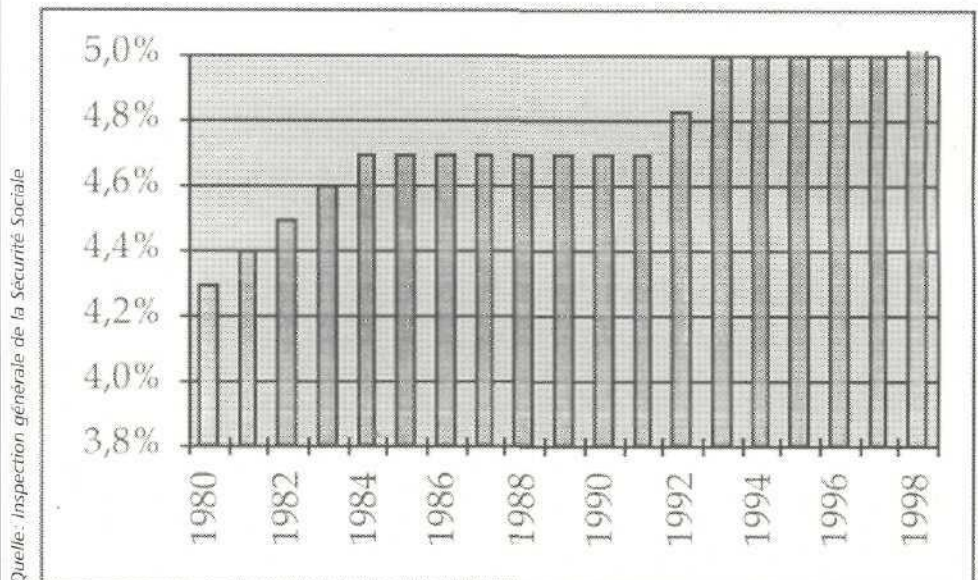
Die aus dem Tanktourismus resultierenden Einnahmen sollten jedoch nicht zur Finanzierung des Sozialsystems verwendet werden. Es wäre in der Tat mehr als fragwürdig in diesem Bereich die Abhängigkeit gegenüber einem umstrittenen und mittelfristig unsicheren "Tanktourismus" herbeizuführen bzw. sogar noch zu fördern.

Würde, aus welchen Ursachen auch immer, ein Rückgang des "Tankstellentourismus" erfolgen, so würde die empfohlene Vorgehensweise lediglich zu Kürzungen der Förderprogramme führen, was vor allem auch mittelfristig als unproblematisch zu bewerten wäre.

Schätzungsweise werden im Ausschöpfungsmodell aus den Einnahmen von Luxemburger Betrieben im Jahre 2003 etwa 1 Milliarde für die Entlastung des Sozialsystems / zur Rückerstattung an energienintensive Betriebe zur Verfügung stehen. Im Falle des Kooperationsmodells sogar 4,774 Milliarden Luf.

Der Einstieg in eine ökologische Steuerpolitik bietet in diesem Sinne konkrete Chancen und neue Finanzierungsquellen für die Sicherung des Sozialsystems. Nichts würde auch verhindern gemäß dem Vorsorgeprinzip die Reserven auszubauen.

Folgende Graphik illustriert den Handlungsbedarf im Bereich der Krankenkassen. Die Beitragssätze sind in den letzten Jahren konstant angestiegen, eine Umkehr dieses Trendes ist a priori nicht zu erwarten. Entsprechend wäre eine Teilfinanzierung mittels einer Energiesteuer durchaus sinnvoll.



Eine ökologische Steuerreform: Vorurteile und deren Widerlegung

Es existieren eine Reihe von Vorurteilen gegenüber Ökosteuern, die jedoch einer genaueren Analyse nicht standhalten. Gleichwohl ist klar, daß eine ökologische Steuerreform kein Allheilmittel ist, um alle sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme zu lösen. Sie ist aber ein entscheidender Antriebsmotor für die Modernisierung unserer Wirtschaft und Entlastung der Umwelt.

Vorurteil 1: Luxemburg ist ein zu kleines Land, um eine Öko-Steuer einzuführen - ein Alleingang schadet, die EU ist gefordert!

Dieses Argument wird oft von denjenigen als Ausrede gebraucht, die Öko-Steuern grundsätzlich ablehnen oder auf die lange Bank schieben wollen. Die Niederlande, Schweden, Dänemark, Großbritannien haben z.B. bereits einen Einstieg in eine ökologische Steuerreform durchgeführt, Deutschland wird dies kurzfristig tun.

Sicherlich ist die Situation in Luxemburg - z.B. kleiner Binnenmarkt, große Abhängigkeit vom Export - eine etwas andere. Und doch: auch Luxemburg kann mittels einem wohlüberlegten Konzept einen Einstieg in eine ökologische Steuerreform durchführen, wobei sowohl die Sozialverträglichkeit als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe nicht in Frage gestellt werden.

Das vorgestellte Ausschöpfungsmodell erlaubt einen sanften Einstieg in eine Energiesteuer, ohne die energieintensiven Unternehmen in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu

schädigen oder aber wesentliche Etatposten des Staatsbudgets in Frage zu stellen. Dieser Einstieg in eine ökologische Steuerreform wäre ohne Wenn und Aber machbar. Außerdem: falls denn eine weitreichendere Steuer nur mit anderen fortschrittlichen Ländern eingeführt werden kann: warum wird Luxemburg nicht endlich aktiv und geht das Dossier mit konkreten Vorschlägen an und macht einen Schulteranschlag mit anderen fortschrittlichen Ländern?

Kommt hinzu: die vorliegende Studie berücksichtigt nicht die Tatsache, daß auch in unseren Nachbarländern in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach - ob mit oder ohne Oeko-Steuer-Konzept

-die Energiepreise steigen werden, so daß der Spielraum Luxemburgs im Ausschöpfungsmodell noch größer wird.

Vorurteil 2: Öko-Steuern unterliegen starken Einnahmeschwankungen - je umweltschonender das Verhalten, desto geringer werden die Einnahmen sein. Dies verringert den Effekt der Steuern.

Der Energieverbrauch wird sich kurzfristig nicht erheblich senken lassen. Dafür sind einerseits die derzeit zur Diskussion stehenden Energie-Steuern weitaus zu niedrig und andererseits hat der Energieverbrauch über die letzten Jahre eine derartige Dynamik entwickelt (der jährliche Zuwachs des Energieverbrauchs liegt z.B. in Luxemburg bei 5%), daß mit einer Oeko-Steuer vorerst eine Stabilisierung des Verbrauchs angestrebt wird. Das gleiche trifft auf den Verkehr zu: auch hier wird mit einem massiven Zuwachs

gerechnet, wobei so manche Prognose von einem Wachstum von 50% bis zum Jahre 2010 ausgeht. Eine Oeko-Steuer kann dieses Wachstum hemmen und in einer ersten Phase eine Verlangsamung des Trends im Sinne einer Stabilisierung herbeiführen.

Längerfristig wird desweiteren eine Reduktion der Einnahmen nicht eintreten, da die Oeko-Steuern graduell erhöht und somit auch die Einnahmen überproportional ansteigen werden.

Vorurteil 3: Nur der kleine Mann ist betroffen - die wirklich wichtigen Akteure, sprich energieintensive Betriebe, werden nicht belastet.

Beide - sowohl Privathaushalte, als auch energieintensive Betriebe - werden mit einer Energiesteuer belegt. Energieintensive Betriebe werden also nicht von der Steuer befreit.

Für beide sind zudem - neben Fördermaßnahmen, die unterstützend wirken, damit der Energieverbrauch reduziert wird - konkrete Kompensationsmaßnahmen vorgesehen. Dies damit die Sozialverträglichkeit gegeben und die Wettbewerbsfähigkeit (und die Arbeitsplätze) nicht gefährdet sind. Bei energieintensiven Betrieben stellen die Energiekosten in den gesamten Produktionskosten eine wichtige Größe dar, so daß sie eigentlich die einzigen sind, die bei einer im nationalen Alleingang durchgeführten Energiesteuer einen Wettbewerbsnachteil haben könnten. Um dies zu vermeiden sind die Rückerstattungen vorgesehen. Trotzdem: durch die Oeko-Steuer werden auch diese Betriebe angehalten, sich generell umweltschonender zu verhalten.

Herausgeber:

Mouvement Ecologique, 6, rue Vauban, L - 2663 Luxemburg, Tel. 439030, Fax. 422242

Email: meco@emweltzenter.homepage www.emweltzenter.lu